

18.7.1917

Die Gemeinde erhöht die Kokspreise. Aus dem Rathause wird gemeldet: Durch die am 1. Februar eingetretene Verteuerung der Frachtsätze und durch den schon im vorigen Jahre erhöhten Frachtbriefstempel erhöhen sich die Kohlenkosten für die städtischen Gaswerke um 2.200.000 Kronen. Der Kriegssteuerezuschlag und die erhöhten Rechnungstempel verursachen weitere Mehrausgaben von jährlich 380.000 Kronen. Dazu kommen noch die bedeutenden Erhöhungen für Personalausgaben und für die Kosten aller Betriebsstoffe. Wenn das Erträgnis der städtischen Gaswerke nicht sehr stark vermindert werden soll, muß zum mindesten die Verteuerung der Kohle durch eine entsprechende Erhöhung der Kokspreise soweit als möglich ausgeglichen werden. Der Stadtrat beschloß daher, die Preise für Koks, die die Ländervank an die Gemeinde Wien — Städtische Gaswerke zu zahlen hat, und die Verkaufspreise für Koks auf den Kleinverkaufsplätzen vom 15. Februar an um 64 Heller für 100 Kilogramm zu erhöhen. Die Mitglieder der Werks- und Rohstoffgenossenschaft der Wäscher und Wäschepulver, der Wirtschaftsgenossenschaft der Händler mit Brennmaterialien, der Metall- und Zinngießer, der Gutmacher und der Approvisionierungsgenossenschaft für Brennmaterial hatten bisher ungleiche Nachlässe. Sie alle bekommen jetzt zehn Prozent. Die Erhöhung wird eine Mehreinnahme von ungefähr 1.700.000 Kronen bringen, die gegenüber den Mehrkosten der Kohle um rund 500.000 Kronen zurückbleibt. — Der letzte Satz der Rathausmitteilung ist für die Dummen. Es ist doch klar, daß, wenn die Kohle teurer wird, nicht bloß die Koksäufer die Erhöhung tragen können. Wenn der Beicag genannt wäre, den die Kohle kostet, hätte man auch ein Urteil darüber, ob die Erhöhung der Kokspreise um 64 Heller gerechtfertigt ist.